Deputation für Bildung

(städtisch)

Sitzungsprotokoll der 12. Sitzung

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
30. September 2004	**10.00 Uhr**	**11.50 Uhr**	**Georg-Büchner-Str. 5** **27574 Bremerhaven**

Teilnehmer/innen:
siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 02. September 2004	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Haushalt 2004 Nachbewilligung „Unterrichtsvertretung“	Vorlage G 67
TOP 5	Einrichtung neuer integrierter Stadtteilschulen	Vorlage G 68
TOP 6	Mobilbauersatzprogramm	Vorlage G 69
TOP 7	Förderung zur Senkung der Wiederholerquote	Vorlage G 70 / L 58

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Nummerierung der Tagesordnungspunkte wird korrigiert und die Tagesordnung wird um den Tagesordnungspunkt 7 „Förderung zur Senkung der Wiederholerquote“ ergänzt. Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 02. September 2004

Das Protokoll der 11. Sitzung der Deputation für Bildung vom 02. September 2004 wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1) Die Antwort auf die Anfrage von Herrn Fries. warum nach der Renovierung die **Aula der Grundschule Vahr** nicht mehr durch den Sportverein genützt werden dürfe, wurde versandt.

2) Ein Bericht über die **Abgängerzahlen bei Lehrkräften** einschließlich einer Darstellung der betroffenen Fächer wurde versandt. Herr Bürger weist darauf hin, dass es in einigen Bereichen dramatisch aussehe und fragt, ob ein Szenario zur Vorbeugung von Ausfällen existiere. Senator Lemke weist darauf hin, dass das LIS zielgerichtet Referendare ausbildet. Dennoch sind in einigen Bereichen für das Referendariat zu wenige Bewerbungen zu verzeichnen. Aufgrund der hohen Attraktivität Bremens kann dies momentan bei den Ein-

stellungen noch kompensiert werden. Er hält es jedoch für notwendig, diese Problematik genauestens im Blick zu behalten und alle Möglichkeiten, wie zum Beispiel Seiteneinsteigerprogramme, zu prüfen. Herr Henschen ergänzt, dass Senator Lemke im Gespräch mit dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Verein angeregt habe, die Bindung bei der Fächerwahl im Studium aufzuheben um genug naturwissenschaftliche Lehrkräfte auszubilden. Herr Bürger bittet, bei der nächsten Beratung der Kapazitätsverordnung für das LIS diese Problematik wieder aufzugreifen.

3) Die Antwort auf die Anfrage von Herrn Rohmeyer, warum und um wie viel in den 3 **Sekundarschulklassen die Frequenz** überschritten wurde, wurde verteilt.

4) Die Antwort auf die Frage von Herrn Bürger nach einem Sachstandsbericht der **wissenschaftlichen Begleitung des Schulversuchs Borchshöhe** wurde verteilt. Herr Bürger fragt, ob der Termin Oktober für den Beginn der wissenschaftlichen Begleitung eingehalten werden könne. Senator Lemke erklärt, dass er davon ausgehe.

5) Herr Bürger fragt, ob es den Tatsachen entspreche, dass es bei der **Bezahlung der Betreuungskräfte an der Tami-Oelfken-Schule** Probleme gäbe.

6) Frau Janssen bittet um einen Sachstandsbericht zur Auseinandersetzung über die Raumkosten bei der **Stadtteilfarm Huchting**. Senator Lemke weist daraufhin, dass vergleichbare Kooperationsprojekte ähnliche Probleme haben.

7) Frau Stahmann weist auf ihre schriftliche Anfrage hinsichtlich der **Zuschussmöglichkeiten bei Auslandsfahrten**, z. B. bei der Schule Hamburger Straße, hin. Frau Moning antwortet, dass es sich um eine einmalige Zahlung von 3.000 Euro gehandelt habe. Grundsätzlich müssen Schulen solche Kosten aus ihrem Schulbudget selber tragen. Die weiteren Anfragen würden geklärt. Herr Rohmeyer bittet um kurzfristige Klärung und Information der Sprecherinnen und Sprecher. Herr Bürger regt an, gezielt Firmen, die massiv mit Fernost kooperieren, anzusprechen, um diese als Sponsoren zu gewinnen. Senator Lemke sagt zu, dies zu prüfen.

8) Frau Stahmann betont, dass die Situation im Bezug auf die **Nichtabiturientenkurse** nicht länger so hinnehmbar sei. Herr Rohmeyer regt ein Gespräch auf Senatorenebene zur Klärung dieses Problems an. Frau Wangenheim betont, dass der Umgang mit den Nichtabiturientenkursen ein Skandal sei. Herr Schulz weist darauf hin, dass die Deputation für Bildung und die Kulturdeputation im vergangenen Jahr beschlossen haben, dass die VHS grundsätzlich nicht mehr mit abgeordneten Lehrkräften, sondern mit Honorarkräften diese Kurse erteilen soll. Der vorliegende Entwurf für ein neues Konzept der VHS für die Nichtabiturientenkurse sehe aber gerade dies vor. Er verliest einen Vermerk von Staatsrätin Motschman vom 28.09.04 zur NAK-Problematik, in dem es heißt: „Da noch weitere Abstimmungen bezüglich Prüfung und Finanzierung ausstehen, wird die Bremer VHS das Angebot der Nichtabiturientenkurse in diesem Jahr aussetzen, um es – nach gelungener Klärung – im nächsten Jahr anzubieten“. Herr Rohmeyer betont, dass das Angebot dringend erhalten werden müsse. Senator Lemke bemerkt, dass die Verantwortung hierfür beim Kultursenator liege.

9) Frau Stahmann bittet um eine Darstellung des aktuellen **Sachstands zur Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur**. Senator Lemke erläutert, dass der Gesellschaftsvertrag in der Endabstimmung sei und die Geschäftsführerstelle ausgeschrieben worden sei. Das Auswahlverfahren laufe über eine externe Agentur.

10) Herr Rohmeyer bittet um einen ausführlichen Sachstandsbericht zur **Turnhallensituation** und zum **Neubau an der Grundschule Borgfeld**.

11) Bezüglich der **Sanierungsmaßnahmen an Schulen** berichtet Senator Lemke, dass im Rahmen der PCB-Sanierungen genau geprüft werden müsse, welche Maßnahmen tatsächlich notwendig seien. Aufgrund des Umfangs der PCB-Sanierungen müsse der Umfang der normalen Sanierungen reduziert werden. Weitere Maßnahmen könnten nur durch die Aufgabe von Gebäuden oder über eine Kapitaldienstfinanzierung ermöglicht werden. Eine andere Möglichkeit für weitere Projekte sei die Realisierung von Investorenmodellen. Frau Stahmann bittet, dass sich die Deputation auf der Grundlage einer entsprechenden Vorlage mit den offensichtlich existierenden Interessenkonflikten beschäftigen sollte. Sie regt an, für die Schule Rockwinkel eine Investorenlösung zu prüfen. Frau Wangenheim fragt, wann mit der Vorlage eines Prioritätenkatalogs gerechnet werden könne. Senator Lemke erwidert, dass die Vorlage voraussichtlich am 4. November vorgelegt werde.

Senator Lemke sagt die Beantwortung der offenen Fragen zur nächsten Sitzung der Deputation für Bildung zu.

TOP 4 Haushalt 2004 Vorlag G 67
Nachbewilligung „Unterrichtsversorgung“

Herr Rohmeyer fragt, wie die Einsparungen bei Ganztagsangeboten und Fremdsprachenunterricht zu erklären sei. Frau Moning erwidert, dass das Personal in Ganztagsschulen und im Fremdsprachenbereich im Kernbereich des Personalhaushaltes abgedeckt sei, durch den nicht erreichten Solidarpakt seien nur noch Nachbewilligungen bei den Nebentiteln möglich, die vorgelegte technische Veränderung führe aber nicht zu Kürzungen. Frau Stahmann fragt, ob Gerüchte, wonach die Reinigung zukünftig auf Basis von 1 Euro Jobs erfolgen soll, richtig seien. Frau Moning antwortet, dass ihr keine Planung in diese Richtung bekannt sei.

Beschluss (einstimmig):

Die Deputation für Bildung stimmt der Nachbewilligung und deren Finanzierung in Höhe von 1.035.000 Euro zu.

TOP 5 Einrichtung neuer Integrierter Stadtteilschulen Vorlage G 68

Senator Lemke betont seinen Wunsch, dem Elternwillen möglichst zu folgen und weist in diesem Zusammenhang auf die Problematik bezüglich des Gerhard-Rohlfs-Schulzentrums hin. Frau Stahmann weist darauf hin, dass die betroffenen Gremien einstimmig der Umwandlung zugestimmt haben. Ihrer Ansicht nach müsse eine Entscheidung getroffen werden, um der Schule Planungssicherheit zu geben. Hinsichtlich der Helgolander Straße sagt sie, dass die Anwahlzahlen den Bedarf zeigten, allerdings habe sie Verständnis, sollte hier noch Beratungsbedarf bestehen. Frau Wangenheim beantragt, die Beschlussfassung auf die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen zu übertragen. Herr Rohmeyer bemängelt, dass der Bremer Westen zu einer Region mit 3 Integrierten Stadtteilschulen werden würde und somit keine Schulvielfalt mehr böte. Senator Lemke erklärt, dass er den Beratungsbedarf bezüglich der Helgolander Straße akzeptiere, bezüglich des Gerhard-Rohlfs-Schulzentrums seien die Beratungen jedoch längst abgeschlossen. Frau Kiese (ZEB) betont, dass dem Elternwillen gefolgt werden sollte. Die Eltern im Bremer Westen haben Ihrem Wunsch nach einer neuen Integrierte Stadtteilschule Ausdruck verliehen. Frau Jansen sagt, dass hinsichtlich der Helgolander Straße weiter beraten werden sollte, hinsichtlich des Gerhard-Rohlfs-Schulzentrums jedoch schnellstmöglich entschieden werden müsse. Herr Bürger gibt zu Bedenken, dass in Vegesack fast ein ganzer Klassenverband im Gymnasium abgewiesen wurde, auch dies müsste überprüft werden. Frau Stahmann beantragt, über den Antrag des Gerhard-Rohlfs-Schulzentrums abzustimmen, die Entscheidung hinsichtlich der Helgolander Straße jedoch auszusetzen.

Der Antrag von Frau Stahmann wird bei 2 Fürstimmen von Bündnis 90/ Die Grünen abgelehnt.

Beschluss (bei 2 Enthaltungen der Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen)

Die Deputation für Bildung überträgt die Beschlussfassung auf die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen.

TOP 6 Mobilbauersatzprogramm Vorlage G 69

Frau Stahmann fragt nach dem geplanten Zeitfenster. Herr Bürger bittet um eine Begründung für die Prioritätenfestlegung. Senator Lemke antwortet, dass das Zeitfenster im Zusammenhang mit dem Sanierungsprogramm festgelegt werde und die Prioritätenfestlegung auf der Grundlage einer baufachlicher Beurteilung erfolgt sei.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 7 Förderung zur Senkung der Wiederholerquoten Vorlage G 70/ L 58

Herr Rohmeyer begrüßt die aufgezeigten Planungen. Frau Böschen äußert sich positiv zu der vorgestellte Konzeption. Sie bezweifelt aber die Übertragbarkeit der didaktischen Konzepte des Sommercamps auf die Sekundarstufe I. Weiterhin bittet sie um Informationen, zur Personalausstattung und zur Regelung der Lehrerarbeitszeit. Herr Henschen antwortet, dass die didaktischen Konzepte an die Bedingungen in der Sekundarstufe I angepasst werden. Das Konzept sehe sozialpädagogische und unterrichtsbezogene Schwerpunkte vor, das kreative Elemente der Sommercamps werde im Umfang deutlich reduziert. Es ist Personal mit unterschiedlichen Qualifikationen vorgesehen, dessen Arbeitsvertrag eine Beschäftigung innerhalb der Ferien einschließen muss, eine Veränderung der Lehrerarbeitszeit ergibt sich nicht. Herr Fries findet die geplanten Maßnahmen positiv, möchte aber wissen, welche Maßnahmen dafür gestrichen werden sollen. Herr Bürger fragt, ob mit der Formulierung „Personalmix“ auch Schulassistenten gemeint seien. Herr Henschen antwortet, dass hiermit sowohl der Einsatz von Schulassistenten als auch der anderweitig qualifizierter Arbeitskräfte gemeint sei, die Finanzierung erfolge aus den Mitteln für PISA-Folgemaßnahmen. Herr Rohmeyer betont, dass es sich bei der Vorlage nur um eine grobe Skizze handele, die zukünftig noch weiter ausgefüllt werden müsse. Frau Schmitdke bittet um Erläuterung, ob das Programm auch Schüler erfasse, die nicht die Klasse wiederholen, sondern auf einen anderen Schultyp wechseln. Senator Lemke bejaht dies. Frau Janssen lobt, dass zusätzliche Angebote an Schulen gemacht werden sollen. Frau Kiese (ZEB) findet die Planungen ebenfalls sehr positiv, vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass den Eltern nicht wie bei Nachhilfestudios weitere Kosten entstünden. Senator Lemke betont, dass Standards und Ziele formuliert wurden und nun auch entsprechende Förderungsangebote gemacht werden müssen. Alle Beteiligten, Schüler, Lehrer und Eltern müssten sich nun einbringen, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Frau Stahmann weist darauf hin, dass die Förderung schwerpunktmäßig im Unterricht erfolgen müsse. Es bestehe noch immer noch ein großer Fortbildungsbedarf bei Lehrkräften insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit Heterogenität. Senator Lemke weist darauf hin, dass bereits seit längerem die Schulen über Fortbildungsbudgets verfügen und so eigene Schwerpunkte setzen können. Herr Henschen erläutert, dass das Konzeption weiter entwickelt werde. Eine Konkretisierung der Planungen, insbesondere auch des Budgets, werde bis zum Winter erfolgen.

Beschluss

Die Deputation nimmt das Konzept zur Förderung versetzungsgefährdeter Schülerinnen und Schüler zur Kenntnis.
Die Deputation bittet zur Sitzung im Januar 2005 um einen Sachstandsbericht über die konkreten Vorbereitungen der dargestellten Maßnahmen.

Senator	Sprecherin	Protokollantin